



## Newsletter 04/10



### Sinn und Unsinn von ökologisch motivierten Subventionen

Während die schweizerische Umwelt- und Energiepolitik zunehmend mittels Subventionen politisch erwünschte Technologien fördert, wird in vielen europäischen Ländern sichtbar, wie begrenzt deren Nutzen und wie hoch deren gesamtwirtschaftlichen Kosten ausfallen. [mehr »](#)



Pascal Gentinetta  
Direktor economiessuisse

### Wirtschaft begrüsst Anhebung der Kontingente zur Sicherung der Standortqualität!

Am 4. Dezember 2009 hat der Bundesrat die Halbierung der Kontingente für Arbeitsbewilligungen für Bürger aus Nicht-EU-Staaten (Drittstaaten) ohne vorgängige Konsultation der Kantone und der Wirtschaft beschlossen. Diese Entscheidung wurde nur drei Wochen später in Kraft gesetzt. Hintergrund waren die dazumal weiterhin starke Zuwanderung in unser Land in einem Umfeld steigender Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen lauten Forderungen nach einer restriktiveren Migrationspolitik.

Der Bundesrat hat nun – nach berechtigter Kritik aus den Reihen der Wirtschaft – die Kontingente wieder auf das bisherige Niveau angehoben. Global ausgerichtete multinationale Unternehmen brauchen in der Schweiz hoch qualifizierte Mitarbeiter aus Drittstaaten. Wird das unterbunden oder stark eingeschränkt, droht eine Abwanderung von Arbeitsplätzen in die entsprechenden Rekrutierungsmärkte, d.h. ins Ausland. Mit ihnen gingen auch diejenigen Schweizer Arbeitsplätze, die integraler Bestandteil der jeweiligen Teams oder Projekte sind, verloren.

Der Bundesratsentscheid zur Wiederanhebung der Kontingente ist daher zu begrüßen. In der Praxis wird sich nun aber weisen müssen, ob die ebenfalls vorgenommene Erhöhung der Kurzaufenthaltsbewilligungen zulasten der Aufenthaltsbewilligungen den Bedürfnissen des Schweizer Wirtschaftsstandorts gerecht wird.

### Staatsvertrag mit den USA für Wirtschaft entscheidend

Der Vorstandsausschuss von economiessuisse befürwortet entschieden die Ratifizierung des Staatsvertrags mit den USA zur Amtshilfe betreffend die UBS-Daten. Er verfolgt die Diskussion mit grosser Besorgnis. Eine Ablehnung würde die Beziehungen mit dem zweitwichtigsten Wirtschaftspartner der Schweiz belasten und auch über den Finanzplatz hinaus Industrie und Dienstleistungen empfindlich treffen. Der Handlungsbedarf bei systemrelevanten Unternehmen ist unbestritten. Lösungen müssen aber solide und sachgerecht sein. [mehr »](#)

### Grafik des Monats: Staatsverschuldung als Damoklesschwert

### Ständerat will Pauschalbesteuerung beibehalten

Der Ständerat hat in der Frühjahrssession die Standesinitiative des Kantons St. Gallen zur landesweiten Abschaffung der Pauschalbesteuerung abgelehnt (22:13 Stimmen). Obwohl mit hitzigen Wortgefechten gerechnet wurde, waren in der Diskussion sehr gemässigte Töne zu hören. Sogar Redner, die die Initiative unterstützt hatten, sprachen sich nicht für die Aufhebung, sondern für die Anpassung der Pauschalbesteuerung aus. [mehr »](#)

### Keine Aufsichtsabgabe für die Zivilluftfahrt

Die Linienluftfahrt ist ein wichtiger Träger des öffentlichen Verkehrs und leistet viel zur Anbindung an die internationalen Personen- und Güterströme und damit zur Standortattraktivität des Landes. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Aufsichtsabgabe sowie die Einstellung der Nachwuchsförderung des Luftfahrtpersonals würden die internationale Wettbewerbsfähigkeit schwächen und Arbeitsplätze gefährden. [mehr »](#)

### Kolumne aus Brüssel: Mangelhafte EU-2020-Strategie

### Home Office Day – Arbeiten von zu Hause

Am 18. Mai 2010 findet der erste nationale Home Office Day statt. Initiiert von Microsoft und einem breiten Netzwerk von Partnern, möchte man nachweisen, welche Vorteile das gelegentliche Arbeiten von zu Hause bieten kann. Neben Produktivitätssteigerungen soll die vereinzelt Heimarbeit vor allem zum Klimaschutz beitragen. [mehr »](#)

### Wie kann Europa seine Wettbewerbsfähigkeit steigern?

Dieser Frage widmet sich am 11. Mai in Brüssel eine gemeinsame Veranstaltung von SwissCore, der Schweizerischen Handelskammer für Belgien und Luxemburg sowie economiessuisse zum Thema „Improving European Competitiveness: Is more R&D and Innovation the answer?“ [mehr »](#)

### Contrinex gewinnt Osec Export Award 2010

Die Contrinex AG, ein führender Schweizer Hersteller von industriellen Hightech-Sensoren mit

weltweit über 500 Mitarbeitenden, gewinnt den diesjährigen Osec Export Award in der Kategorie „Success“. [mehr »](#)

---

#### **Handelsfinanzierung: gemischte Aussichten für 2010**

Die Handelsfinanzierung hat 2009 ebenso gelitten wie der Welthandel, so das Ergebnis der Studie „Rethinking Trade Finance 2010“ der Internationalen Handelskammer (ICC). Im Auftrag einer WTO-Expertengruppe befragte die ICC 161 Banken aus 75 Ländern. Der Bericht wird den Staats- und Regierungschefs im Vorfeld des nächsten G-20-Gipfels am 26. und 27. Juni 2010 vorgelegt. [mehr »](#)

---

#### **Gestaltungsempfehlungen für KMU**

Die ETH Zürich lädt am 16. Juni zu einer Konferenz ein, bei der es um das gesellschaftliche Engagement schweizerischer Firmen geht. Erkenntnisse aus zweijähriger Forschung bei Grossunternehmen, KMU und Nonprofit-Organisationen fließen zusammen und ergeben Gestaltungsempfehlungen für gesellschaftliches Engagement von KMU. [mehr »](#)

---

**Ganzen Newsletter drucken (PDF, 15 Seiten, 0.25 MB)**

#### **Agenda**

- 18.06. Änderung Espoo-Übereinkommen
- 03.09. Tag der Wirtschaft
- 26.10. 4. Schweizerischer Luftfahrtkongress

#### **Publikationen**

- » Änderung der Gewässerschutzverordnung GSchV
- » Konsequenzen sorgfältig abklären
- » Staatsvertrag mit den USA für Wirtschaft entscheidend
- » Bundesgesetz über die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (RuVG)
- » KEP&Mail neu Mitglied von economiesuisse
- » Verminderung von Systemrisiken: Gesamtwirtschaftlicher Fokus ist nötig
- » Teilrevision der Chemikalienverordnung
- » Grundzüge eines wirksamen Compliance-Managements
- » Urs Furrer neuer Leiter Finanzen & Steuern

## Sinn und Unsinn von ökologisch motivierten Subventionen

29.04.2010 17:00

**Während die schweizerische Umwelt- und Energiepolitik zunehmend mittels Subventionen politisch erwünschte Technologien fördert, wird in vielen europäischen Ländern sichtbar, wie begrenzt deren Nutzen und wie hoch deren gesamtwirtschaftlichen Kosten ausfallen.**



Mit populär klingenden Vereinfachungen wie „Klimapolitik ist Wirtschaftspolitik“ wird eine neue Industriepolitik propagiert. Im Zentrum steht dabei die Umverteilung von finanziellen Mitteln. Zweckgebundene Mittel aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe und Zuschläge auf den Strompreisen erreichen demnächst die Milliardengrenze. Die entstehenden Lasten müssen auf Jahre oder Jahrzehnte hinaus getragen werden. Dabei werden die Nachteile für Wirtschaft und Konsumenten oft unterschätzt oder gar nicht erst genauer untersucht.

### Subventionen verhindern nachhaltige Strukturen

ren

Neue Studien aus Spanien und Deutschland zeigen, dass diese Industriepolitik kontraproduktiv ist. In Spanien wurden zwischen 2000 und 2008 zwar mehrere Tausend Arbeitsplätze im Bereich der Solar- und Windenergie geschaffen. Insgesamt wurden jedoch 110'500 bestehende Arbeitsplätze in der energieintensiven Metallverarbeitung und weiteren Branchen vernichtet. Pro neu geschaffene „grüne“ Stelle wurden 2,2 Arbeitsplätze abgebaut. Sehr hohe Subventionssätze lösten in Spanien eine eigentliche Solarenergie-Blase aus. Als Folge davon stieg die Strompreisbelastung deutlich an und drohte weitere Arbeitsplätze zu gefährden. Deshalb beschloss die spanische Regierung 2008 die Subventionen zu reduzieren. Nach Schätzungen der Photovoltaikbranche gingen darauf rund 15'000 Arbeitsplätze im hochsubventionierten Solarbereich verloren. Einmal mehr zeigt sich, dass Subventionen nicht zu eigenwirtschaftlichen und tragfähigen Strukturen verhelfen. Vielmehr verhindern Subventionen das Streben nach höherer Effizienz, weil die Preise nicht als Resultat von Wettbewerb entstehen, sondern politisch-administrativ festgelegt werden.

### Strohfeuer mit lange währenden Folgekosten

Auch das Argument des „grünen Job-Motors“ trifft nicht zu. Studien aus Deutschland zeigen, dass lediglich zu Beginn positive Effekte für die Nettobeschäftigung resultieren, wenn die Investitionen in erneuerbare Energietechnologien getätigt werden. Im Laufe der Zeit sinkt die Beschäftigungswirkung bis ins Negative. Der Grund dafür ist, dass bei Beendigung der Förderung die Investitionen unmittelbar wegfallen, aber die Kosten dafür trotzdem noch 20 Jahre lang von den Stromverbrauchern zu tragen sind. Vor wenigen Wochen wurde selbst der Begründer des deutschen Einspeisemodells, Hermann Scheer, SPD-Parlamentarier und Präsident von EURO SOLAR, zitiert, dass es mit der Förderung in Deutschland „so nicht weitergehen kann“, weil die nach oben nicht begrenzte Förderung immer höhere Kosten verursacht und dabei kaum mehr als ein Prozent zur Stromerzeugung beiträgt. Selbst die Forschung wird durch diese Förderung nicht beschleunigt. Obwohl die Vergütungen in Deutschland zwischen 2000 und 2009 jährlich von 0,9 auf knapp 10 Mrd. Euro gestiegen sind, waren die Ausgaben der Privatwirtschaft für die Energieforschung rückläufig. Investierte die Wirtschaft im Jahr 1991 noch etwa 503 Mio. Euro in die Energieforschung, so waren es im Jahr 2007 nur noch 139 Mio. Euro. Im Vergleich zu den Vergütungen für erneuerbare Energien von 7,6 Mrd. Euro im Jahr 2007 ist dies ein beinahe verschwindend geringer Betrag, der zu allem Überflus nicht einmal der Erforschung regenerativer Technologien allein diene.

### Rückfragen:

[urs.naef@economiesuisse.ch](mailto:urs.naef@economiesuisse.ch)



economiesuisse

## Staatsvertrag mit den USA für Wirtschaft entscheidend

29.04.2010 17:00

**Der Vorstandsausschuss von economiesuisse befürwortet entschieden die Ratifizierung des Staatsvertrags mit den USA zur Amtshilfe betreffend die UBS-Daten. Er verfolgt die Diskussion mit grosser Besorgnis. Eine Ablehnung würde die Beziehungen mit dem zweitwichtigsten Wirtschaftspartner der Schweiz belasten und auch über den Finanzplatz hinaus Industrie und Dienstleistungen empfindlich treffen. Der Handlungsbedarf bei systemrelevanten Unternehmen ist unbestritten. Lösungen müssen aber solide und sachgerecht sein.**

Die USA sind für die Schweizer Unternehmen insgesamt der zweitwichtigste Handelspartner und gar der wichtigste Investitionsstandort. Auch viele KMU erzielen in diesem Markt einen bedeutenden Teil ihrer Erträge. Konzernzentralen amerikanischer Firmen in der Schweiz tragen entscheidend zu unserem Wohlstand bei.

Es wäre fahrlässig, den Staatsvertrag mit den USA für parteipolitische Profilierungen zu instrumentalisieren. Die Fragen der Systemrisiken und der Boni sind zweifellos wichtig. Die diesbezüglichen Arbeiten sind bereits fortgeschritten. Es besteht daher kein Grund für Hauruck-Eingriffe ohne sorgfältige Abklärungen. Überstürzte steuerliche Massnahmen sind möglicherweise wirkungslos oder richten sogar erheblichen Schaden an. Beispielsweise verschlechtert eine Einschränkung von Mitarbeiterbeteiligungen die Rahmenbedingungen von Start-up-Unternehmen erheblich.

Mit der Genehmigung des Staatsvertrages durch das Parlament können die Altlasten bereinigt und die künftigen Beziehungen unbelastet gestaltet werden. Eine Ablehnung würde zu grosser Unsicherheit wegen allfälligen Retorsionsmassnahmen der USA führen. Die amerikanische Reaktion könnte die UBS, den gesamten Finanzplatz und darüber hinaus auch Industrie und Dienstleistungen empfindlich treffen und Arbeitsplätze gefährden.

Zum Abkommen mit den USA gibt es keine Alternative. Zu den rechtspolitischen Bedenken ist festzuhalten, dass der eingeschlagene Weg vertretbar ist. Das rechtsstaatliche Rückwirkungsverbot ist nach geltender Praxis auf Verfahrensfragen nicht anwendbar.

### **Rückfragen:**

[thomas.pletscher@economiesuisse.ch](mailto:thomas.pletscher@economiesuisse.ch)



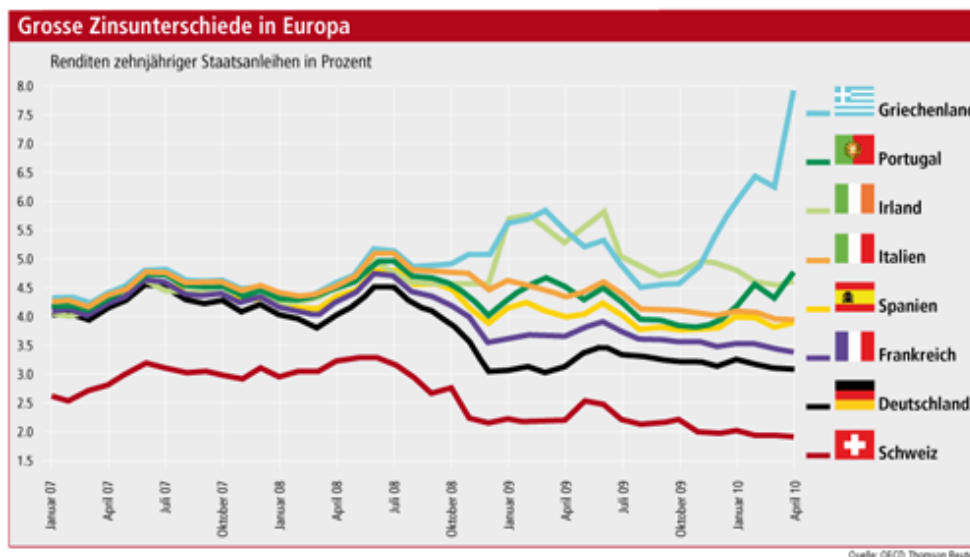
economiesuisse

## Grafik des Monats: Staatsverschuldung als Damoklesschwert

29.04.2010 17:00

**Während die Konjunkturprognosen für die meisten Staaten kontinuierlich nach oben angepasst werden, treten die negativen Folgen der hohen Staatsverschuldung immer deutlicher hervor. Besonders in Europa wird die Politik nicht um einschneidende Massnahmen herkommen.**

Obschon die meisten Industriestaaten mittlerweile wieder wachsen, bleiben die Risiken und Unsicherheiten über die künftige wirtschaftliche Entwicklung weiterhin hoch. Besonders die hohen Haushaltsdefizite und die stark steigenden Schulden gefährden den Aufschwung. Das Beispiel Griechenland ist Ausdruck für den Vertrauensverlust in den Staat. Das äussert sich schliesslich in deutlich gestiegenen Zinsen.



### Zinsen driften auseinander

Die Entwicklung der langfristigen Zinsen in Europa in den letzten Monaten zeigt, dass die Finanzmärkte wieder zunehmend auf die unterschiedliche finanzielle Verfassung der einzelnen Staaten reagieren. Während die Renditen 10-jähriger Staatsanleihen früher in allen Euroländern nahezu identisch waren, haben sich diese seit Mitte 2008 stark auseinanderentwickelt. Griechenland muss mittlerweile Zinsen von über 12 Prozent zahlen, obwohl die EU und der Internationale Währungsfonds für den Notfall Kredite von 45 Mrd. Euro zugesichert haben. Letzte Woche wurde das Defizit für 2009 auf 13,6 Prozent des BIP erneut nach oben korrigiert. Irland, das mit einem Defizit von 14,3 Prozent des BIP den grössten Fehlbetrag aller EU-Länder verzeichnete, hat bereits im letzten Jahr umfassende Massnahmen getroffen und kann mittlerweile wieder zu tieferen Zinsen Geld aufnehmen.

### Schwerwiegende langfristige Belastungen

Die Finanz- und Wirtschaftskrise überdeckt, dass viele Industriestaaten bereits vor der Krise stark verschuldet waren. Mittel- und langfristig besteht aufgrund der demografischen Entwicklung und der Kostendynamik im Gesundheitswesen zudem ein starker Ausgabendruck in allen Industriestaaten. Konsolidierungsprogramme und Reformen bei den Sozialversicherungen sind deshalb notwendig, damit der Staat auch in Zukunft handlungsfähig bleibt.

### Rückfragen:

[martin.weder@economiesuisse.ch](mailto:martin.weder@economiesuisse.ch)



economiesuisse

## Ständerat will Pauschalbesteuerung beibehalten

29.04.2010 17:00

**Der Ständerat hat in der Frühlingsession die Standesinitiative des Kantons St. Gallen zur landesweiten Abschaffung der Pauschalbesteuerung abgelehnt (22 zu 13 Stimmen). Obwohl mit hitzigen Wortgefechten gerechnet wurde, waren in der Diskussion sehr gemässigte Töne zu hören. Sogar Redner, die die Initiative unterstützt hatten, sprachen sich nicht für die Aufhebung, sondern für die Anpassung der Pauschalbesteuerung aus.**

Die Aufhebung der Steuer nach dem Aufwand hätte zwangsläufig zur Folge, dass die meisten betroffenen Steuerpflichtigen aus der Schweiz wegziehen würden. Im Jahr 2008 brachten die etwa 5000 nach dem Aufwand besteuerten Ausländer der öffentlichen Hand rund 600 Millionen Franken ein. Hinzu kommen jährlich hohe indirekte Ausgaben in Form von Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen, Immobilieninvestitionen oder Mäzenaten.

### **Neuausrichtung des Systems**

Weil jedoch die Pauschalbesteuerung als ungerecht empfunden werden kann, hat die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren beschlossen, das System zu überarbeiten und insbesondere die Mindestbemessungsgrundlage zu erhöhen. Die Kantone wollen aber an diesem Instrument festhalten: Die Pauschalbesteuerung ist im Bundesgesetz über die Harmonisierung der Steuern der Kantone und Gemeinden verankert; für bestimmte Regionen oder Gemeinden ist sie finanziell unverzichtbar; nicht zuletzt äussert sich darin die Souveränität der Kantone. Das letzte Argument wurde in der Diskussion im Ständerat ins Feld geführt: Es steht jedem Kanton frei, auf die Pauschalsteuer zu verzichten, aber diejenigen Kantone, in denen sie einen Grossteil der Einnahmen ausmacht, sollen nicht dazu gezwungen werden. Sonst müssten sie nämlich die Leistungen kürzen oder die Steuern erhöhen.

Die Wirtschaft sieht in der Pauschalsteuer ein pragmatisches und bewährtes Instrument für die Besteuerung von hoch mobilen Personen und einen Trumpf der Schweiz im lebhaften internationalen Steuerwettbewerb. Mehrere Länder und konkurrierende Wirtschaftsstandorte wenden ähnliche oder sogar noch günstigere Steuerformeln für Wohlhabende an, z.B. Grossbritannien. Der Nationalrat könnte sich anlässlich der Sommersession mit der Initiative St. Gallens befassen.

### **Rückfragen:**

[vincent.simon@economiesuisse.ch](mailto:vincent.simon@economiesuisse.ch)



economiesuisse

## Keine Aufsichtsabgabe für die Zivilluftfahrt

29.04.2010 17:00

**Die Linienluftfahrt ist ein wichtiger Träger des öffentlichen Verkehrs und leistet viel zur Anbindung an die internationalen Personen und Güterströme und damit zur Standortattraktivität des Landes. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Aufsichtsabgabe sowie die Einstellung der Nachwuchsförderung des Luftfahrtpersonals würden die internationale Wettbewerbsfähigkeit schwächen und Arbeitsplätze gefährden.**

### **Aufsichtsabgabe: Unnötige Abgabe gefährdet Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz**

Die Infrastruktur der Luftfahrt wird bereits heute nach dem Verursacherprinzip finanziert. Aus der Sicht der Wirtschaft ist es deshalb schwer nachvollziehbar, weshalb eine Aufsichtsabgabe den Luftfahrtstandort Schweiz zusätzlich mit bis zu 21 Mio. Franken pro Jahr belasten sollte. Der Bundesrat begründet die Aufsichtsabgabe damit, dass das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) seinen Kostendeckungsgrad auf 30 Prozent erhöhen müsse. Doch das BAZL erhebt, gestützt auf seine Gebührenverordnung, schon heute kostendeckende Gebühren für seine Leistungen an die Luftfahrt. Diese wurden per Anfang 2008 massiv erhöht. Die übrige Aufsichtstätigkeit sowie der Schutz der Allgemeinheit vor allfälligen Gefahren sind hingegen hoheitliche Aufgabe des Staates und müssen aus allgemeinen Bundesmitteln finanziert werden. Die neue Abgabe hat vor diesem Hintergrund somit klar den Charakter einer Steuer und belastet die betroffene Industrie. Eine Zusatzbelastung, die auf die Konsumenten umgeschlagen werden dürfte.

### **Nachwuchsförderung des Luftfahrtpersonals beibehalten**

Bisher war die Nachwuchsförderung des Luftfahrtpersonals im geltenden Luftfahrtgesetz (LFG) geregelt. Trotz der Auflösung der Schweizerischen Luftverkehrsschule (SLS) braucht es nach wie vor eine gesetzliche Grundlage um die Förderung der Ausbildung zu erhalten. Der Bundesrat hat entgegen seiner luftfahrtpolitischen Ziele darauf verzichtet, in den Revisionsentwurf des LFG einen allgemeinen Förderartikel zugunsten der Berufsausbildung in der Luftfahrt aufzunehmen. economiesuisse fordert einen Ersatz in Form einer neuen Bestimmung: Sie soll die Grundlage für eine Fördertätigkeit des Bundes zugunsten der Aus- und Weiterbildung bringen, wie dies auch bei anderen vergleichbaren Ausbildungslehrgängen (z.B. Ingenieure) der Fall ist. Es wird heute anerkannt, dass die Sicherstellung des beruflichen Nachwuchses in allen Luftfahrtberufen im Interesse des Wirtschaftsstandortes Schweiz ist. Denn ohne diesen Nachwuchs ist auf Dauer keine wettbewerbsfähige schweizerische Luftfahrt im Dienste der Wirtschaft möglich.

### **Rückfragen:**

[dominique.reber@economiesuisse.ch](mailto:dominique.reber@economiesuisse.ch)





economiesuisse

## Kolumne aus Brüssel: Mangelhafte EU 2020- Strategie

29.04.2010 17:00

**Mit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages und der Bildung der neuen Europäischen Kommission will EU-Kommissionspräsident José-Manuel Barroso die EU 2020-Strategie rasch umsetzen. Diese offenbart jedoch inhaltliche Mängel, wie BUSINESSEUROPE festhält. Insbesondere in Bezug auf Wachstum und demographische Herausforderungen ist die Kommissionsstrategie vage bis lückenhaft.**

Die Kritik von BUSINESSEUROPE erfolgt hauptsächlich aus der Perspektive des Mitte März lancierten „Go for Growth“-Programms. So missfällt dem europäischen Wirtschafts- und Arbeitgeberverband beispielsweise der fehlende Bezug zur Realität des Kommissionsprogramms sowie dessen schwere Verständlichkeit. Im Gegensatz zum „Go for Growth“-Programm sei die Verdoppelung von Europas Wachstumspotential bis 2014 nicht als Hauptziel definiert. Sie fände auch keine spezielle Erwähnung in der EU 2020-Strategie. Diese sei vor allem „top-down“ und nicht „bottom-up“ konzipiert, so der Vorwurf von BUSINESSEUROPE. Drei Schwächen werden besonders hervorgehoben:

- Wachstum: Die Kommissionsstrategie enthält keine klar definierten Ziele bezüglich Output. Gerade mal zwei Input-Ziele finden Erwähnung, nämlich eine Steigerung des Forschungs- und Entwicklungssektors auf über 3 Prozent sowie eine Reduktion der Armut für über 20 Millionen Europäer.
- Arbeitsmarkt: Die EU 2020 Strategie sieht vor, den Anteil vorzeitiger Schulabgänger auf unter 10 Prozent zu bringen und den Anteil der Tertiär-Ausbildungen auf über 40 Prozent anzuheben. Hinsichtlich der Output-Ziele wird bloss eine Erhöhung der Beschäftigungsrate auf über 75 Prozent angestrebt.
- Demographie: Die EU 2020-Strategie enthält keine Ziele hinsichtlich der Überalterung der europäischen Bevölkerung.

Des Weiteren bemängelt BUSINESSEUROPE an der EU 2020-Strategie, dass sie der Bedeutung der freien Märkte und der Notwendigkeit von strukturellen Reformen zu wenig Beachtung schenke. Zudem werde die Rolle der Wirtschaft als Wachstumsmotor sowie bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu stark vernachlässigt.

### Rückfragen:

[francois.baur@economiesuisse.ch](mailto:francois.baur@economiesuisse.ch)





economiesuisse

## Home Office Day – Arbeiten von zuhause

29.04.2010 17:00

**Am 18. Mai 2010 findet der erste nationale Home Office Day statt. Initiiert von Microsoft und einem breiten Netzwerk von Partnern möchte man nachweisen, welche Vorteile das gelegentliche Arbeiten von zuhause bieten kann. Neben Produktivitätssteigerungen soll die vereinzelt Heimarbeit vor allem zum Klimaschutz beitragen.**

In modernen Gesellschaften sollen Angestellte unabhängig von Zeit und Ort produktiv arbeiten können. Gleichzeitig versprechen sich die Initianten von der Heimarbeit eine ausgewogenere Work-Life Balance. Am 18. Mai sollen also möglichst viele Menschen von zuhause aus arbeiten, denn gemäss Microsoft ist das die Arbeitswelt von morgen. Weiter soll das Arbeiten von zuhause Kostenersparnisse für Unternehmen bringen, weil einerseits der Arbeitsweg wegfällt und andererseits Büroflächen effizienter eingesetzt werden können. Nicht zuletzt profitiert auch die Umwelt von dieser Arbeitsmethode, da der CO<sub>2</sub>-Ausstoss gesenkt würde. Experten gehen davon aus, dass knapp eine halbe Mio. Pendler einen Tag pro Woche vom Home Office aus arbeiten könnten. Dadurch liessen sich pro Woche 4,5 Mio. Autokilometer, 2,6 Mio. Bahnkilometer und 1400 CO<sub>2</sub> Tonnen einsparen.

Getragen wird der Home Office Day von Microsoft und einem breiten Partner-Netzwerk. Neben diversen Bundesämtern unterstützen unter anderen der Schweizerische Arbeitgeberverband und die Swisscom den Event. Der Home Office Day wird dabei medial vorbereitet. Am 22. April fand eine Pressekonferenz statt, an welcher Bundesrat Moritz Leuenberger die Vorteile dieser Arbeitsmethode erläuterte. Ursprünglich wollte er sich per Video aus seinem Home Office einschalten, wichtige Termine im Bundeshaus zwangen ihn jedoch physisch an der Konferenz teilzunehmen. economiesuisse gehört ebenfalls zu den Leading Partners des nationalen Home Office Days. Qualitätssteigerungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind letztlich im Sinne der Schweizer Wirtschaft.

**Mehr Informationen:**

[Homepage Home Office Day](#)

**Rückfragen:**

[dominique.reber@economiesuisse.ch](mailto:dominique.reber@economiesuisse.ch)



**economiesuisse**

## Wie kann Europa seine Wettbewerbsfähigkeit steigern?

29.04.2010 17:00

**Dieser Frage widmet sich am 11. Mai in Brüssel eine gemeinsame Veranstaltung von SwissCore, der Schweizerischen Handelskammer für Belgien und Luxemburg sowie economiesuisse zum Thema „Improving European Competitiveness: Is more R&D and Innovation the answer?“**

Hintergrund der Veranstaltung ist der vom WEF publizierte „Global Competitiveness Report for 30 years“, der die Qualität der Innovation sowie des Bildungswesens von 133 Ländern analysiert und vergleicht. Der heute wichtigste Referenzbericht für nationale Wettbewerbsfähigkeit führt die Schweiz in seiner neusten Ausgabe als weltweit wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft auf. Sie verdrängt damit die USA vom ersten Platz.

Auf der anderen Seite versucht die EU mithilfe der kürzlich von der Kommission vorgestellten EU-2020-Strategie, zur wettbewerbsfähigsten Wirtschaft zu avancieren. Ein Vergleich mit der Schweiz drängt sich deshalb auf. Welches sind die optimalen Bedingungen, unter denen Innovation und Forschung am effizientesten zu besseren Resultaten und zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen? Und wie kann Europa zu einer „Union der Innovation“ werden? Diesen und anderen Fragen werden Jennifer Blanke vom WEF, Tonnie de Koster vom Zentralsekretariat der Europäischen Kommission sowie Klaus Müller von F. Hoffmann-La Roche in ihren Referaten nachgehen.

Für economiesuisse ist die internationale Führungsposition der Schweiz in Sachen Innovation primär auf die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eine funktionierende Infrastruktur und die geringe Staatsquote zurückzuführen. Dass viele hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland eingekauft werden, sollte allerdings zu denken geben. Wenn die Schweiz die Nummer 1 bleiben will, muss sie die Ausbildung von Spitzenleuten gezielt fördern.

Bleibt anzumerken, dass die Schweizer Wirtschaft ein ureigenes Interesse an einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der EU hat. Denn sie ist mit dieser eng verflochten und trägt bereits heute in vielen Bereichen als Teil der Wertschöpfungskette zur Wirtschaftskraft Europas bei.

### **Mehr Informationen:**



[Anmeldeformular](#)



[Programm](#)

### **Rückfragen:**

[francois.baur@economiesuisse.ch](mailto:francois.baur@economiesuisse.ch)



## Contrinex gewinnt Osec Export Award 2010

29.04.2010 17:00

**Die Contrinex AG, ein führender Schweizer Hersteller von industriellen Hightech-Sensoren mit weltweit über 500 Mitarbeitenden, gewinnt den diesjährigen Osec Export Award in der Kategorie „Success“.**

Der Osec Export Award wurde am Donnerstag Abend am Forum der Schweizer Aussenwirtschaft verliehen. In der Kategorie „Success“ ging der begehrte Preis an das in Givisiez (FR) domizilierte innovative Unternehmen Contrinex AG.

Der Export Award ist eine Auszeichnung der Osec, die von einer unabhängigen fünfköpfigen Jury vergeben wird. In der Kategorie „Success“ sind nachweisliche Erfolge im Exportgeschäft für die Bewertung ausschlaggebend. Die Firma Contrinex wurde vor allem für ihre systematische, zielgerichtete und konsequente Vorgehensweise bei ihrem Markteintritt und den entsprechenden Markterfolg in Brasilien belohnt.

Contrinex ist bereits 2007 mit einer eigenen Verkaufs- und einer Produktionsgesellschaft in den brasilianischen Markt eingestiegen. Brasilien bietet nicht nur einen hochinteressanten Wachstumsmarkt mit weit fortgeschrittener Industrialisierung, sondern eröffnet zudem auch den Gemeinschaftsmarkt der südamerikanischen Länder, den Mercosur. Die lokale Produktion ermöglicht es Contrinex somit, die ganze Mercosur-Zone zollfrei zu beliefern, und schafft der Firma einen entscheidenden Kostenvorteil.

Annette Heimlicher, Director Corporate Development, welche die Expansion nach Brasilien geleitet hat, weist aber darauf hin, dass die administrativen Schwierigkeiten dieses vielversprechenden Markts nicht unterschätzt werden dürfen. Das Zoll- und Steuersystem ist äusserst komplex und nur schwer navigierbar. Die Wirtschaftskrise erschwerte den Markteintritt zusätzlich. Dennoch ist es Contrinex gelungen, sich in diesem Markt erfolgreich zu etablieren. Die systematische und konsequente Vorgehensweise, allen Schwierigkeiten zum Trotz, sowie das Durchhaltevermögen der Schweizer Firma haben sich somit bezahlt gemacht. Der Osec Export Award ist für Contrinex eine Bestätigung der gewählten Expansionsstrategie und eine Honorierung der geleisteten Anstrengungen.

### **Contrinex AG – innovativer, globaler Sensorhersteller**

Contrinex ist ein führender Hersteller von Sensoren für Fabrikautomation. Das Schweizer Unternehmen mit Sitz in Givisiez im Kanton Freiburg (CH), verfügt über ein einzigartiges, innovatives Produktspektrum, dessen Leistungsmerkmale diejenigen von Standard-Sensoren weit übertreffen.

Seit der Gründung 1972 durch Dipl. Ing. ETH Peter Heimlicher ist Contrinex von einem Einmannbetrieb zu einer multinationalen Unternehmensgruppe von weltweit über 500 Mitarbeitenden angewachsen. Mehr als 15 Tochtergesellschaften decken die Kernmärkte in Europa, Asien, Nord- und Südamerika ab.

Die unternehmerischen Leistungen von Peter Heimlicher und der Contrinex AG wurden mehrmals prämiert, insbesondere mit der Auszeichnung Entrepreneur of the Year 2005 sowie mit dem Innovationspreis des Kantons Freiburg.

### **Weitere Informationen:**

[www.contrinex.com](http://www.contrinex.com)

### **Rückfragen:**

[annette.heimlicher@contrinex.com](mailto:annette.heimlicher@contrinex.com)



economisesuisse

## Handelsfinanzierung: gemischte Aussichten für 2010

29.04.2010 17:00

**Die Handelsfinanzierung hat 2009 ebenso gelitten wie der Welthandel, so das Ergebnis der Studie „Rethinking Trade Finance 2010“ der Internationalen Handelskammer (ICC). Im Auftrag einer WTO-Expertengruppe befragte die ICC 161 Banken aus 75 Ländern. Der Bericht wird den Staats- und Regierungschefs im Vorfeld des nächsten G-20-Gipfels am 26. und 27. Juni 2010 vorgelegt.**

Nicht nur der Wert der Handelsfinanzierungen hat sich im Jahr 2009 drastisch verringert, sondern auch die Anzahl. So haben 43 Prozent der befragten Banken einen Rückgang im Export-Akkreditivgeschäft festgestellt, laut 26 Prozent hat sich die Anzahl auch im Import-Akkreditivgeschäft reduziert. Die asiatischen Regionen verzeichnen eine geringere Baisse: Die meisten chinesischen Partner kommen in den Genuss des Konjunkturpakets und der wieder anziehenden Importe in China.

Der Bericht erinnert an die Versprechen zur Bekämpfung des Protektionismus in den G-20-Ländern. Schon seit dem Ausbruch der Krise verfolgen mehrere Länder eine Politik, die inländische Produkte gegenüber Importen aus dem Ausland bevorzugt. Solche Massnahmen müssen bekämpft werden, weil sie sich negativ auf die Wirtschaftstätigkeit und die Arbeitslosigkeit auswirken. Bedenklich stimmt auch, dass 34 Prozent der befragten Banken von einer Verweigerung der Finanzierung berichten. Der Bericht äussert überdies Skepsis an der 250-Milliarden-Franken-Finanzspritze für die Handelsfinanzierung in den letzten beiden Jahren und an den Eigenkapitalvorschriften nach Basel II.

**Mehr Informationen:**

[info@icc-switzerland.ch](mailto:info@icc-switzerland.ch)



economiesuisse

## Gestaltungsempfehlungen für KMU

29.04.2010 14:09

**Die ETH Zürich lädt am 16. Juni zu einer Konferenz ein, bei der es um das gesellschaftliche Engagement schweizerischer Firmen geht. Erkenntnisse aus zweijähriger Forschung bei Grossunternehmen, KMU und Nonprofit-Organisationen fliessen zusammen und ergeben Gestaltungsempfehlungen für gesellschaftliches Engagement von KMU.**

Drei Viertel aller Schweizer Unternehmen engagieren sich für die Gesellschaft! Ohne diese freiwilligen Beiträge könnte das Gemeinwesen nicht bestehen. Und doch spricht man wenig über die guten Taten, bettet sie nicht in die Unternehmensstrategie ein und weiss nicht so recht, welchen Nutzen sie – für die Gemeinschaft oder das Unternehmen selbst – eigentlich bringen.

Insbesondere Klein- und Mittelunternehmen (KMU) sind oft in aller Stille engagiert. Mancherorts werden damit allerdings Chancen verstreichen gelassen!

### **Tagung „Erweiterte Wertschöpfung – Schweizer Unternehmen engagieren sich für die Gesellschaft“ am 16. Juni 2010 an der ETH Zürich!**

Die Tagung richtet sich besonders an VertreterInnen von KMU, Mittelfirmen und NPO. Natürlich sind auch Grossfirmen, Berater und anderweitig Interessierte willkommen!

In den letzten zwei Jahren hat ein Forschungsteam von der ETH Zürich gemeinsam mit der Fachhochschule Nordwestschweiz und über 20 Partnerfirmen die Praxis unternehmerischer Verantwortungsübernahme erforscht. Die Ergebnisse werden präsentiert und es wird diskutiert,

- welche Erkenntnisse für KMU relevant sind,
- welche Besonderheiten zu beachten sind.
- In 8 Workshops werden Gestaltungsempfehlungen, die KMU die Implementierung gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme in Unternehmensstrategie und –alltag erleichtern sollen, entwickelt.

Eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion rundet den Konferenztag inhaltlich, ein Apéro kulinarisch und sozial, ab!

#### **Mehr Informationen und Anmeldung:**

[www.corvo-schweiz.ch](http://www.corvo-schweiz.ch)